



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 03/2008-2013
am 09.12.2008 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesend:

- | | |
|-------------------------|-----------------------------|
| 1. Gemeindevertreter/in | Martin Andernacht |
| 2. " | Tile Abel |
| 3. " | Dietmar Bittner |
| 4. " | Christiane Bohnert |
| 5. " | Elisabeth von Bressensdorf |
| 6. " | Folker Brocks |
| 7. " | Wolfgang Dick |
| 8. " | Klaus-Peter Eberhard |
| 9. " | Heinz-Georg Gülk |
| 10. " | Rudi Hennecke |
| 11. " | Gudrun Hohn |
| 12. " | Karin Honerlah |
| 13. " | Dr. Dietmar Kahle |
| 14. " | Bärbel Karp |
| 15. " | Uwe Köhlmann-Thater |
| 16. " | Andreas Lemke |
| 17. " | Edda Lessing |
| 18. " | Jörg Möhlenbrock (ab TOP 7) |
| 19. " | Jens Müller |
| 20. " | Margitta Neumann |
| 21. " | Sven Oldag |
| 22. " | Horst Ostwald |
| 23. " | Siegfried Ramcke |
| 24. " | Carsten Schäfer |
| 25. " | Kai Schmidt |
| 26. " | Silke Schmude |
| 27. " | Peter Schöpf |
| 28. " | Johann Schümann |
| 29. " | Christiane Schwarz |
| 30. " | Wolfgang Sievers |
| 31. " | Jens-Uwe Steffen |
| 32. " | Joachim Süme |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Petra Felker als Protokollführerin



Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 02/2008-2013 vom 16.09.2008**
- 3. Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**
- 4. Ersatzwahl einer/eines Verbandsvertreterin/Verbandsvertreters in den Abwasserzweckverband**
- 5. Haushaltsplan der Jugendstiftung für die Haushaltsjahre 2007 und 2008**
- 6. Prüfung der Jahresrechnung 2007**
- 7. Abwasserbeseitigung**
 - a) Kalkulation der Abwassergebühren 2009**
 - b) 6. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
 - c) 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)**
- 8. III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei und -medothek Henstedt-Ulzburg**
- 9. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben**
- 10. BAB Anschlussstelle Nr. 20 der A 7 im Bereich Kaden**
- 11. Einführung der neuen Grundbeiträge in die korporative Mitgliedschaft**
- 12. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Bürgervorsteher Schäfer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die anwesenden Mitglieder des Seniorenbeirates, die Vertreterinnen oder Vertreter der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.



Zu Punkt 1 der Tagesordnung: **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

a) Hinweis auf die Nebeneingangstür des Rathauses anlässlich von Sitzungen

Ein Einwohner, Herr Hans-Jürgen Ebel, teilt mit, er habe heute aus Unkenntnis darüber, dass von Teilnehmer/inne/n an Sitzungen die Nebeneingangstür zu benutzen ist, zunächst vor der verschlossenen Haupteingangstür des Rathauses gestanden. Er fragt an, ob nicht die Möglichkeit besteht, anlässlich von Sitzungen der gemeindlichen Gremien den Haupteingang offen zu halten oder zumindest dort eine Beschilderung mit Hinweis auf den Nebeneingang anzubringen.

Bürgermeister Dornquast sagt eine entsprechende Beschilderung für die Zukunft zu.

b) Verkehrsplanung hinsichtlich einer Umgehungsstraße

Ein Einwohner, Herr Packulat, erkundigt sich nach dem Sachstand in Bezug auf eine mögliche Ost- oder Westumgehung für Henstedt-Ulzburg, nachdem das Bauprojekt „Beckershof“ nicht weiter fortgeführt wird. Er bemängelt die prekäre Verkehrssituation in Henstedt-Ulzburg und möchte wissen, wie diese gelöst werden soll.

Bürgermeister Dornquast stellt die aktuelle Beschlusslage in den gemeindlichen Gremien wie folgt dar:

- Der Flächennutzungsplan für Henstedt-Ulzburg sieht seit Längerem eine Westumgehung ohne genaue Trassenfestlegung sowie eine Freihaltetrasse für eine mögliche Ostumgehung vor.
Der Regionalplan des Landes verlangt eine Westumgehung.
- Gemäß jüngster Beschlussfassung in der Gemeindevertretung ist die Verkehrsplanung für das Gebiet südlich der Kadener Chaussee gänzlich einzustellen. Somit gibt es derzeit auch keine Planung für eine Westumgehung.
- Den gemeindlichen Gremien liegt ein Antrag auf eine Straßenverbindung zwischen den Straßen „Am Bahnbogen“ und „Westerwohld“ vor, der in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses behandelt werden soll.

Herr Packulat ist der Auffassung, dass die Verkehrsplanungen der Gemeinde im Hinblick auf den beabsichtigten Ausbau der A 7 nicht ausreichend sein werden.

c) Müllablagerungen auf dem Parkplatz an der Hundeauslaufläche

Eine Einwohnerin, Frau Stolley, weist auf beträchtliche und ständig neue Müllablagerungen auf dem Parkplatz hin. Die von ihr mehrfach benachrichtigte Polizei-Zentralstation in Henstedt-Ulzburg habe erklärt, sie sei nicht zuständig. Frau Stolley möchte wissen, in wessen Ressort die Beseitigung des Problems fällt. Sie regt an, zumindest einen Behälter für den Kleinmüll der Passanten anzubringen.

Des Weiteren bemängelt sie den matschigen Waldboden des angrenzenden Hundetummelplatzes. Die dort diesbezüglich bisher durchgeführten Maßnahmen hätten zu keinem nennenswerten Erfolg geführt.



Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Gemeinde Henstedt-Ulzburg nicht Hoheitsträger des Gebietes und somit nicht zuständig ist. Er sagt jedoch eine Weitergabe des Anliegens durch die Verwaltung an die betreffende Forstbehörde zu, wie in der Vergangenheit bereits mehrfach geschehen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 02/2008-2013 vom 16.09.2008“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 02/2008-2013 vom 09.12.2008 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

a) Keine Befangenheit bei Haushaltsberatungen und Flächennutzungsplänen

Herr Brocks bittet Bürgermeister Dornquast um eine Interpretationshilfe zur Gemeindeordnung in folgender Angelegenheit:

„Wenn ein Mitglied der gemeindlichen Gremien, in nicht unerheblichen Verhandlungen über Rechtsgeschäfte mit der Gemeinde steht, liegt dann für dieses Mitglied Befangenheit für alle mit den Rechtsgeschäften in Verbindung stehenden Beratungen in Haushaltsangelegenheiten vor (Interessenkonflikt)?“

Bürgermeister Dornquast informiert, dass sich Befangenheit auf alle Beratungen und Beschlussfassungen in den gemeindlichen Gremien (inkl. den Fraktionen) bezieht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den jeweiligen Rechtsgeschäften stehen (z. B. Beratungen über Bebauungspläne). Das Mitglied der gemeindlichen Gremien muss sich selber für befangen erklären und darf daran nicht teilnehmen.

Für Haushaltsangelegenheiten und Flächennutzungspläne, welche die Mitglieder der gemeindlichen Gremien in vielerlei Beziehungen betreffen können, gilt keine Befangenheit.

Auf Wunsch von Bürgervorsteher Schäfer ist der Wortlaut der Anfrage inkl. deren Beantwortung dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

b) Umgang mit Anfragen von Kaufinteressenten für Grundstücke

Herr Sievers erinnert an die Beantwortung seiner schriftlichen Anfrage an die Verwaltung vom 05.11.2008 bezüglich eines Artikels in der Norderstedter Zeitung mit u. a. sinngemäß dem Inhalt: „Williges Paar möchte nach Henstedt-Ulzburg ziehen“.

Bürgermeister Dornquast erläutert, aus dem Artikel sei hervor gegangen, dass sich die betreffenden Personen wohl mit einer Interessensbekundung zum Kauf eines Grundstücks an die Verwaltung gewandt hätten, welche sich um das Anliegen jedoch anscheinend nicht gekümmert habe.

Bürgermeister Dornquast teilt dazu mit, dass sich die betreffenden Mitarbeiter/innen in der Verwaltung nicht an die Angelegenheit erinnern könnten. Um eine „offizielle“ Anfrage habe es sich jedenfalls nicht gehandelt, da diese definitiv beantwortet worden wäre.



Die Nachfrage von Herrn Sievers, wie generell mit derartigen Anfragen umgegangen wird, beantwortet Bürgermeister Dornquast wie folgt:

- Auf der Homepage der Gemeinde sind lediglich die zum Verkauf stehenden gemeindeeigenen Grundstücke aufgeführt.
- Bei persönlichen Nachfragen von Kaufinteressenten nennt die Verwaltung zusätzlich die in der Erschließung befindlichen Grundstücke (derzeit z. B. Bebauungspläne Nr. 103, 113, 115). Es werden keine Listen über im Ort tätige Makler herausgegeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Ersatzwahl einer / eines Verbandsvertreterin / Verbandsvertreters in den Abwasserzweckverband“

Siehe Vorlage.

Die CDU-Fraktion hat Herrn Harald Söbenbohm zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung wählt als Verbandsvertreter in den Abwasserzweckverband Pinneberg (als Ersatz für Herrn Claus-Dieter Rommerskirchen)

Herrn Harald Söbenbohm.

Beschlussfassung einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Haushaltsplan der Jugendstiftung für die Haushaltsjahre 2007 und 2008“

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Haushaltsplan der Jugendstiftung Henstedt-Ulzburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 einschließlich aller Bestandteile und Anlagen gemäß Vorlage.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Prüfung der Jahresrechnung 2007“

Siehe Vorlage vom 26.11.2008 sowie Ergänzungsvorlage vom 28.11.2008.

Frau Honerlah beantragt getrennte Abstimmungen zu

a) Jahresrechnung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007 und

b) Jahresrechnung der Jugendstiftung Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007



Beschluss:

Zu a)

Die Jahresrechnung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007 schließt

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme mit 36.575.899,56 EUR und

in der Ausgabe mit 36.575.899,56 EUR und

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme mit 9.775.941,49 EUR und

in der Ausgabe mit 9.775.941,49 EUR

ab.

Die Gemeindevertretung beschließt die Jahresrechnung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007.

Beschlussfassung:

19 Stimmen dafür

12 Stimmenthaltungen (WHU-Fraktion)

Beschluss:

Zu b)

Die Jahresrechnung der Jugendstiftung Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007 schließt

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme mit 11.679,99 EUR und

in der Ausgabe mit 11.679,99 EUR und

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme mit 508.349,39 EUR und

in der Ausgabe mit 508.349,39 EUR

ab.

Die Gemeindevertretung beschließt die Jahresrechnung der Jugendstiftung Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2007.

Beschlussfassung:

einstimmig



Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„Abwasserbeseitigung“

- A) Kalkulation der Abwassergebühren 2009**
- B) 6. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)**
- C) 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)**

Siehe Vorlage.

Gemeindevertreter, Herr Möhlenbrock, erscheint vor der Beschlussfassung im Ratssaal und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

Beschluss:

A) Kalkulation der Abwassergebühren 2009

Die Gemeindevertretung erkennt die Grundlagen für die Ermittlung der Abwassergebühren in Höhe von
21,22 €/m³ für Kleinkläranlagen,
8,26 €/m³ für Sammelgruben,
1,66 €/m³ für Schmutzwasserkanal,
0,09 €/m² Grundgebühr und
0,18 €/m² Benutzungsgebühr für Niederschlagswasserkanal an.

B) 6. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung)

Die Gemeindevertretung beschließt die 6. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Schmutzwassergebührensatzung) gemäß Vorlage.

C) 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung)

Die Gemeindevertretung beschließt die 3. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Niederschlagswassergebührensatzung) gemäß Vorlage.

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei und -mediothek“

Siehe Vorlage.

Herr Schäfer möchte wissen, ob die beantragte kostenlose Internetnutzung in der „Jugendcke“ durch zahlende Benutzer/innen der Einrichtung im Alter von 12 - 20 Jahren im vorliegenden Satzungsentwurf Berücksichtigung gefunden hat.

Frau Lessing meldet sich zu Wort und verneint dieses, da das Thema in den Kinder- und Jugendausschuss zur Beratung rückverwiesen wurde und dort in der nächsten Sitzung behandelt werden soll.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei und -mediothek gemäß Verwaltungsvorlage.

Beschlussfassung: 31 Stimmen dafür
1 Stimmenthaltung (Herr Abel)

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben“

1. Umbau und Erweiterung der Zentralen Feuerwache

Siehe Vorlage.

Frau Schwarz erkundigt sich, wie es zur Auftragsvergabe kommen konnte, ohne Rückversicherung, dass ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Bürgermeister Dornquast räumt Informationslücken hinsichtlich der tatsächlich zu erwartenden Kosten ein, wie auch bereits in der Vorlage ausgeführt. Auf Nachfrage von Frau Schwarz nach der Verantwortlichkeit dafür, gibt er an, dass diese ihm obliegt.

Mit Blick auf die Haushaltssituation möchte Herr Ostwald wissen, ob der für den Haushalt 2009 angemeldete Betrag für die Außenanlagen in Höhe von 145.000 € kurzfristig unbedingt in voller Höhe überplanmäßig bereit gestellt werden muss, oder ob eventuell zunächst Teilbereiche geschoben oder gestrichen werden könnten.

Bürgermeister Dornquast verneint dieses und nennt als Hauptgründe das Erfordernis der Verlegung von komplett neuen Leitungen sowie den defekten Ölabscheider.

Auf Nachfrage von Herrn Schäfer informiert Bürgermeister Dornquast, dass mit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus im Januar 2009 gerechnet wird. Die geplanten Umbaumaßnahmen sollen anschließend durchgeführt werden.



Beschluss: Die für den Um- und Erweiterungsbau der zentralen Feuerwache Maurepasstraße erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 575.000,00 EUR werden für das laufende Haushaltsjahr bei der Haushaltsstelle 13000.9500 überplanmäßig bereitgestellt.

Weitere 145.000,00 EUR für die Herstellung der Außenanlagen werden im Haushalt 2009 bereitgestellt.

Beschlussfassung: einstimmig

2 a) Änderungsvereinbarung zur Finanzierung der Grundschule Ulzburg-Süd

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg finanziert die 2. Finanzierungstranche in Höhe von 2.134.000,00 EUR gemäß Vorlage und Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag vom 23.08.2008 zum PPP-Projekt Grundschule Ulzburg-Süd selbst. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Änderungsvereinbarung zum Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag vom 23.08.2008 vorzubereiten und abzuschließen.

Zu diesem Zweck werden 2.134.000,00 EUR als außerplanmäßige Ausgabe im Haushalt 2008 bewilligt. Gleichzeitig ist eine überplanmäßige Einnahme aus Krediten in Höhe von 2.134.000,00 EUR in den Haushalt 2008 einzustellen.

Beschlussfassung: einstimmig

2 b) Finanzierung der Grundschule Ulzburg-Süd

Siehe Ergänzungsvorlage vom 01.12.2008.

Bürgermeister Dornquast beantwortet die Frage von Frau Schwarz nach dem Grund für die Erhöhung des Pauschalpreises (Seite 1, Buchstabe b) der Vorlage). Frau Schwarz weist darauf hin, dass der hälftige Gemeindeanteil an dem Anschlussbeitrag Wasserversorgung für Hausanschluss (Seite 2, Buchstabe b) der Vorlage) mit 50 € zu viel angegeben wurde und richtig 13.722,25 € lauten muss.

In seiner Funktion als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses schildert und erläutert Herr Brocks die Einzelpositionen, die zur Erhöhung der Gesamtinvestitionskosten /Werklohnvergütung geführt haben.



Frau Honerlah meldet seitens der WHU-Fraktion weiteren Beratungsbedarf in der Sache an und beantragt die Rückverweisung in die Fraktionen. Des Weiteren bittet sie die Verwaltung um Darlegung der Folgekosten im Falle der Finanzierung entsprechend dem Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag.

Herr Brocks und Herr Ostwald sehen seitens ihrer Fraktionen keinen zusätzlichen Beratungsbedarf.

Bürgermeister Dornquast weist auf mögliche zusätzliche Verzinsungskosten im Falle des Aufschiebens der Beschlussfassung hin.

Unter den Mitgliedern der Gemeindevertretung besteht Einvernehmen, dem Antrag von Frau Honerlah zu entsprechen und über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung erneut zu beraten.

3. Provisorischer Kreisverkehrsplatz Norderstedter Straße (K53) / Dorfstraße (L75)

Siehe Vorlage.

Frau Schwarz erkundigt sich, warum die Mitglieder der gemeindlichen Gremien erst Kenntnis über die Höhe der Kosten für das Provisorium und die diesbezügliche Vereinbarung mit dem Land erhielten, nachdem darüber bereits in der regionalen Presse zu lesen und seit Abschluss der Vereinbarung schon geraume Zeit verstrichen war.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Eilentscheidung seinerseits erforderlich war, um die Eröffnung des Verbrauchermarktes nicht zu gefährden. Eine Beteiligung der gemeindlichen Gremien sei in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nimmt Herr Brocks zu dem Sachverhalt Stellung. Er teilt mit, dass sich, gemäß neuer Berechnungen, die Gesamtausgaben für die Herstellung des Kreisels und damit auch der Anteil der Gemeinde gegenüber den bisher kalkulierten Kosten mit hoher Wahrscheinlichkeit erheblich reduzieren werden.

Unter Hinweis darauf, dass die Vereinbarung mit dem Land am 09.10.2008 geschlossen wurde, möchte Frau Schwarz wissen, warum eine Unterrichtung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nicht bereits in dessen Sitzung am 27.10.2008 erfolgt ist. Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dieses versehentlich versäumt wurde.

Beschluss: Die Gemeindevertretung bewilligt für die Anbindung der Zufahrt des NETTO-Verbrauchermarktes an einen provisorischen Kreisverkehr im Knotenpunkt Dorfstraße (L75) / Norderstedter Straße (K53) eine außerplanmäßige Ausgabe von 28.700,00 EUR. Voraussetzung ist, dass dieser Betrag der Gemeinde auf ihren Anteil für die Herstellung des endgültigen Kreisverkehrs im Jahr 2009 angerechnet wird.

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„BAB Anschlussstelle Nr. 20 der A 7 im Bereich Kaden“

Herr Abel erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt den Ratssaal.

Siehe Vorlage.

Herr Müller, Herr Ostwald, Herr Sievers und Herr Köhlmann-Thater nehmen namens ihrer Fraktionen zu der Thematik Stellung. Auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Niederschrift über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschuss vom 10.11.2008 wird verwiesen.

Beschluss: Die Gemeindevertretung hält an ihrem Beschluss vom 20.11.2007 zum „Autobahnzubringer Ulzburg-Süd“ fest.

Beschlussfassung: 18 Stimmen dafür
13 Stimmen dagegen (WHU-Fraktion (ohne Herrn Abel), Herr Möhlenbrock, Herr Ramcke)

Herr Abel war während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Ratssaal anwesend.

Im Anschluss an die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Bürgermeister Schäfer Herrn Abel wieder in den Ratssaal und teilt ihm das Ergebnis der Abstimmung mit.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
„Einführung der neuen Grundbeiträge in die korporative Mitgliedschaft“

Siehe Vorlage.

Beschluss: Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg beschließt zusammen mit dem Gewässerpflegerverband „Krückau-Pinnau“ die beigefügte Ergänzungsvereinbarung.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

a) Zu TOP 1 b) „Verkehrsplanung hinsichtlich einer Umgehungsstraße“

Ein in der Straße Moorland wohnhafter Einwohner, Herr Ebel, übt Kritik an einer möglichen Straßenverbindung zwischen „Am Bahnbogen“ und „Westerwohld“, da diese eng an der vorhandenen Wohnbebauung vorbeiführen würde. Er regt an, den geplanten Trassenverlauf in Form einer graphischen Darstellung den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den Anliegern, zu denen auch er zählt, bekannt zu geben.



Bürgermeister Dornquast informiert, dass in der Angelegenheit bisher lediglich ein Antrag vorliegt. Die erstmalige Beratung darüber werde in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 15.12.2008 erfolgen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen seien.

b) Zu TOP 9, Ziffer 2b) „Finanzierung der Grundschule Ulzburg-Süd“

Gemeindevertreterin, Frau Schmude, möchte wissen, warum die Untersuchung der Tragfähigkeit der Böden zunächst nur für die Gebäudefläche und nicht von vornherein auch für die Außenflächen vorgesehen war.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass dafür anfänglich kein Erfordernis absehbar war und begründet dieses.

c) Neue Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße

Ein Einwohner, Herr Pemöller, fragt unter Bezugnahme auf die neue Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße nach den Gründen dafür, dass für eine kurze Teilstrecke keine Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h erfolgt ist.

Bürgermeister Dornquast erläutert den Sachverhalt und begründet die diesbezügliche Entscheidung der Verwaltung. Er legt dar, warum diese eine Geschwindigkeitsbegrenzung in dem betreffenden Bereich für nicht notwendig erachtet.

Eine Einwohnerin, Frau Dosdahl, erkundigt sich, warum in der Wilstedter Straße nicht die 30er-Zone beibehalten wurde, unter gleichzeitiger Beschilderung „Radfahren erlaubt“.

Bürgermeister Dornquast begründet dieses damit, dass es dort Radfahrern nicht zugemutet werden könne, auf der Fahrbahn zu fahren. Darum sei ein Radweg zwingend notwendig.

Gemeindevertreter, Herr Möhlenbrock, erkundigt sich nach den Kosten für die Änderung der Verkehrsregelung in der Wilstedter Straße.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass sich diese aus den Ausgaben für die Verkehrszeichen sowie den Verwaltungskosten zusammensetzen. Er sagt zu, die Mitglieder der gemeindlichen Gremien über deren Höhe zu unterrichten.

Gemeindevertreterin, Frau Schwarz, auf deren Initiative die Änderung erfolgt ist, schildert den rechtlichen Hintergrund aus ihrer Sicht. Sie ist der Auffassung, dass alternativ eine andere als die seitens der Verwaltung gewählte Verkehrsregelung möglich gewesen wäre und zeigt diese auf.

Gemeindevertreter, Herr Ostwald, beruft sich auf die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung, und weist darauf hin, dass diese keine Diskussion der Mitglieder der Gemeindevertretung unter dem Tagesordnungspunkt „Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“ vorsieht.



Ein Einwohner, Herr Saß-Olker, regt an, in dem betreffenden Bereich eine Verkehrsregelung unter dem Gesichtspunkt „Shares Space“ zu treffen. Er gibt Erläuterungen dazu und nennt Beispiele aus anderen Kommunen.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass das Thema „Shared Space“ bereits in der vorherigen Wahlperiode von dem jetzigen Gemeindevertreter, Herrn Eberhard, aus anderem Anlass in eine Sitzung der gemeindlichen Gremien eingebracht, jedoch bisher nicht weiter verfolgt wurde.

d) Streckenführung der Buslinie 293

Herr Saß-Olker erkundigt sich nach den Gründen dafür, dass die geplante Änderung der Buslinienführung, nach seinem Kenntnisstand, frühestens mit dem Fahrplanwechsel 2009 realisiert werden soll. Seiner Meinung nach sei hierfür eine Dringlichkeit gegeben.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Umsetzung des Vorhabens erst nach Freigabe der Kranichstraße als öffentliche Straße erfolgen könne. Diese wiederum sei abhängig von der weitestgehenden Fertigstellung der Hochbaumaßnahmen, um den dortigen Baustellenverkehr nicht blockieren.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt schließt Bürgervorsteher Schäfer die Sitzung.

gez. Carsten Schäfer
(Bürgervorsteher)

gez. Petra Felker
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

**Anlage zur Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg
03/2008-2013 am 09.12.2008**

Felker, Petra

Von: Carsten Schäfer
Gesendet: Freitag, 16. Januar 2009 10:10
An: Felker, Petra

Folker Brocks

Wenn ein Mitglied der gemeindlichen Gremien, in nicht unerheblichen Verhandlungen über Rechtsgeschäfte mit der Verwaltung stehen, die auch haushaltsrelevant sind, ob diese Mitglieder der gemeindlichen Gremien dann nicht für alle Punkte, die Haushaltsrelevant sind, als befangen anzusehen ist, da hier ja eine ganz klare Interessenlage vorliegt?

Da ist die Frage, wie sie da werten würden.

V.D. :

Also, die Befangenheit bezieht sich immer auf die unmittelbaren Tagesordnungspunkte, die unmittelbaren Beschlüsse, die mit diesen möglichen Verträgen, Geschäften zusammenhängen.

Das heißt, wenn ein Vertrag genehmigt wird, ist natürlich Befangenheit vorhanden.

Wenn andere Beratungen über mögliche Grundstücke zum Beispiel läuft, B-Pläne oder ähnliches, dann ist Befangenheit vorhanden,.

Der Haushalt als Gesamtobjekt und auch genauso wie beim Flächennutzungsplan zum Beispiel gibt es diese Befangenheit nicht.

Da die Haushaltsberatungen ja in vielerlei Beziehungen Gemeindevertreter betreffen kann.

Da gibt es ja zum Beispiel den Haushaltsansatz, wo die Entschädigungen raus bezahlt werden.

Da gibt es dann mögliche Grundstückspreise, die dort im Haushalt stehen. Es gibt vielleicht einen Haushalt, wo ein Handwerker, der hier Gemeindevertreter ist entsprechend dann auch ja den Auftrag bekommen soll und das kann dann nicht, das der Haushalt dann nur möglicherweise mit der Hälfte der Gemeindevertreter beschlossen wird, sondern es kommt auf die Einzelpunkte an und da ist die Befangenheit natürlich von dem jeweiligen Gemeindevertreter selbst festzustellen, selbst darauf hinzuweisen und die Befangenheit hätte dann zur Folge, dass an den Beratungen nicht teilgenommen werden darf und auch nicht an den Beratungen in den Fraktionen. Sondern die Befangenheit gilt dann für alle Verhandlungen, Beratungen, die dann in den politischen Gremien stattfinden.

16.01.2009